

Europawahlprogramm (vorläufig, Stand: 31.01.09)

IX. Internationale Verantwortung. Der GRÜNE Weg für eine gerechte Globalisierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein friedliches Europa, das sich weltweit für die Schaffung und Bewahrung des Friedens und die gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzt. Grüne Politik zielt auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit Abrüstung und die Stärkung des internationalen Rechts. Keine Regierung und keine internationale Institution ist in der Lage, mit den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit allein fertig zu werden. Grüne Politik setzt auf einen kooperativen Multilateralismus von internationalen Institutionen, Nationalstaaten und Nichtregierungsorganisationen. Wir wollen auch in der Friedenspolitik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung umfassend die Beteiligung von Frauen stärken.

Die Vereinten Nationen sind für uns der zentrale Rahmen für eine an den Zielen des Friedens und der Verwirklichung der Menschenrechte ausgerichteten weltweiten Ordnungspolitik.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Aufflammen neuer Kriege und Bürgerkriege, ethnischer Säuberungen und Massaker gegen die Zivilbevölkerung hat sich die Mehrheit der Partei zu einer Neubewertung des Militärs durchgerungen. Der Einsatz von Militär ist immer problematisch und ist unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel. Wir erteilen militärischen „Konfliktlösungen“ eine Absage. Grüne setzen auf zivile Krisenprävention. Zur Friedenssicherung im Rahmen der VN kann Militär zur Gewalteinämmung jedoch notwendig sein. Militär kann aber bestenfalls Friedensprozesse unterstützen und Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Unter bestimmten Rahmenbedingungen kann Militär so einen notwendigen Beitrag zur Gewalteinämmung, Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten.

Für die Gestaltung einer friedlichen Welt ist eine starke Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedsstaaten unerlässlich. Gehen diese gemeinsam vor, hat die EU ein großes Potential für eine friedliche und gerechte Gestaltung der internationalen Ordnung. Der Zwang zur Einstimmigkeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bringt das Problem mit sich, dass nur der aller kleinste gemeinsame Nenner formuliert wird. Wir sind deshalb für Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Außenpolitik der EU, die nur als Deckmantel für die Machtpolitik einzelner Nationalstaaten dient, lehnen wir ab. Um dies zu verhindern und um eine europäische Außenpolitik transparent zu gestalten, brauchen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments auch in der Außenpolitik.

Die EU steht vor der Herausforderung, den Erweiterungsprozess zu gestalten und partnerschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn auszubauen. Sie muss sich weltweit engagieren: Für Frieden und Abrüstung, für eine gerechte und nachhaltige Globalisierung und für Sicherheit und

Zusammenarbeit. Neue bedeutsame Risiken für den Frieden entstehen durch Klimawandel, Konkurrenz um knappe Rohstoffe, um Energie und Lebensmittel. Eine unregelmäßige Globalisierung spaltet die Welt in Menschen in bitterer Armut und welche mit ungeheuren Reichtum. Zerfallende Staaten können zum Rückzugsgebiet von organisierter Kriminalität und Terrorismus werden. Bürgerkriege zerstören ganze Gesellschaften. Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bittere Realität.

Für uns ist die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik global ausgerichtet. Eine positive Ausgestaltung der transatlantischen Gemeinschaft ist ein elementares Interesse deutscher und europäischer Politik. Diese Gemeinschaft gründet sich auf gemeinsame historische Erfahrungen und politische Werte, eine enge wirtschaftliche Verflechtung und auf einen intensiven kulturellen Austausch. Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und dem Aufkommen neuer wirtschaftlicher und politischer Mächte wie China und Indien müssen sich internationale Allianzen im Allgemeinen, aber auch die transatlantische Partnerschaft im Speziellen neu definieren, mit dem Ziel einer globalen Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung soziale und ökologische Regeln zu geben.

Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Außer Kontrolle geratene Finanzmärkte sind eine Gefahr für wirtschaftliche Stabilität, Arbeitsplätze, Entwicklung, und letztlich auch für das Währungssystem, unter Steueroasen, organisierter Kapitalflucht ihrer Eliten und unter Steuerhinterziehung und Korruption transnationaler Firmen besonders leiden. Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden.

In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es gelingt, zusammen mit den alten und den neuen weltpolitischen Akteuren eine kooperative internationale Ordnung im Rahmen der Vereinten Nationen zu schaffen und den zu beobachtenden Tendenzen eines Rückfalls in unilaterale und nationalistische Machtpolitik entgegenzutreten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für diesen kooperativen Multilateralismus – jenseits von nationalen und neoliberalen Scheinlösungen. Wir wollen die EU als eine Zivilmacht und Friedensprojekt profilieren, das bereit ist, Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen zu übernehmen. Zentraler Bestandteil der europäischen Außenpolitik muss der Dialog auf Grundlage der Menschenrechte zwischen den Kulturen sein. Auch Menschen, die aufgrund zunehmender Umweltzerstörung ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden, brauchen die Unterstützung der EU. Hier muss Europa seiner Verantwortung als wesentlicher Mitverursacher des Klimawandels Rechnung tragen.

Europa in guter Nachbarschaft

Erweiterungspolitik fortentwickeln

Wir bekennen uns zum Fortgang des Erweiterungsprozesses. Es ist aber auch an der Zeit, aus den Lehren der letzten Erweiterungen zu lernen und dort nachzubessern, wo es in den letzten Jahren gehapert hat. Das wollen wir GRÜNE in drei Schritten tun: Erstens, Erweiterung muss ehrlich stattfinden. Die "Kopenhagener Kriterien" der EU definieren Anforderungen an die beitragswilligen Staaten. Erst wenn alle Kopenhagener Kriterien für den Beitritt erfüllt sind, wie demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und Schutz der Minderheiten und erst wenn die Regelungen der EU übernommen sind, kann es konkrete Beitrittstermine geben. Zweitens muss Schluss sein mit einem "entweder-Beitritt-oder-nichts" Prozess. Die Beitrittskandidaten sollen stattdessen nach und nach in den Bereichen mitarbeiten dürfen, in denen sie ihre Gesetzgebung den EU-Regelungen angepasst haben. Nur wer bereit ist, an der Überwindung regionaler Konflikte mitzuwirken und effektiv mit den Nachbarn zu-

sammenzuarbeiten, kann Mitglied der EU werden. Auf klaren Voraussetzungen für einen Beitritt zur EU zu bestehen, bedeutet nicht, einen Zaun um die jetzige Union zu ziehen.

Verantwortung für den westlichen Balkan wahrnehmen

Wir wollen eine EU, die der besonderen Verantwortung für den westlichen Balkan also für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Montenegro und das Kosovo gerecht wird. Mit Kroatien werden bereits seit Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen geführt, die zu einem baldigen Beitritt führen könnten, wenn die Kriterien erfüllt sind. Mazedonien ist seit 2005 Beitrittskandidat. Die restlichen Staaten mit ihren jungen und teilweise noch instabilen Demokratien müssen wir weiter stärken und ihnen maßgeschneiderten Programmen, durch Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften und Visabefreiungen helfen, sie näher an die EU heranzuführen.

Türkei auf dem Weg in die EU unterstützen

Wir wollen verlässliche und faire Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Seit mehr als vierzig Jahren hat die Türkei eine Beitrittsperspektive, seit Oktober 2005 werden Beitrittsverhandlungen geführt. Davon abzurücken wäre ein Wortbruch der EU und würde vor allem die türkischen Reformkräfte schwächen. Kanzlerin Merkel und die Union machen das mit ihrer konturlosen Politik der sogenannten privilegierten Partnerschaft. Aber nur eine glaubwürdige Beitrittsperspektive unterstützt das Land beim demokratisch-rechtsstaatlichen Wandel. Es ist in unserem ureigenen Interesse, die Türkei in die EU einzubinden. Denn ein EU-Mitglied Türkei kann ein stabilisierender Anker in dieser krisengeschüttelten Region sein. Die Türkei bringt sowohl ein erhebliches wirtschaftliches Entwicklungspotenzial in Europa ein, als auch eine junge, immer besser ausgebildete Bevölkerung und ist durch Migration nach Europa bereits eng mit uns verbunden. Ein Beitritt der Türkei in die EU wäre somit nicht nur ein Gewinn für eine größere Sicherheit Europas, sondern die EU würde auch ökonomisch profitieren. Von einem Beitritt würde die EU somit nicht nur ökonomisch profitieren, sondern es wäre auch ein Gewinn für eine größere Sicherheit Europas.

Zypern wiedervereinigen

Wir wollen eine EU, die durch aktive Diplomatie den Prozess der Wiedervereinigung Zyperns fördert, wie er durch die direkten Gespräche der beiden Gemeinschaften wieder in Gang gekommen ist. Die EU soll insbesondere die Zivilgesellschaft unterstützen. Der Konflikt um die seit 1974 geteilte Insel Zypern ist mittlerweile zum dauerhaften Problem im Verhältnis der EU mit der Türkei geworden. Die Türkei und Griechenland müssen dafür ihre jeweiligen Blockaden aufgeben und den Weg für die Wiedervereinigung der Insel freimachen.

Für eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik

Wir wollen eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik, in deren Mittelpunkt Menschenrechte und demokratische Reformen stehen.

Eine enge nachbarschaftliche Zusammenarbeit muss das Ziel einer neu gestalteten Europäischen Nachbarschaftspolitik sein, die die wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische Entwicklung fördert. Wir wollen die Kooperation insbesondere mit jenen Ländern vertiefen, bei denen es positive Entwicklungen bei gesellschaftlichen Reformen und der Wahrung der Menschenrechte für alle auf ihrem Territorium lebenden Menschen gibt. Über Regierungskooperation hinaus wollen wir GRÜNE, dass die EU auf die Zivilgesellschaft setzt und langfristig dafür sorgt, dass starke Demokratien entstehen. Wir setzen dabei auf Dialog, den Austausch

und Mobilität, vor allem auch durch Visaerleichterungen. Für uns stehen die Wahrung der Menschenrechte und die Schaffung einer ökologischen und sozialen Wirtschaftsstruktur im Vordergrund.

Wir GRÜNE wollen auch, dass die verschiedenen EU-Politiken mit der näheren und der nahen Nachbarschaft besser miteinander verzahnt werden: die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Westbalkanstrategie, die EU-Zentralasienpolitik und die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland müssen in Zukunft besser koordiniert werden.

Mittelmeerunion für die Partnerschaft mit dem Süden nutzen

Wir wollen die Partnerschaft mit dem Süden ausbauen. Die Debatte um die Mittelmeerunion hat der Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainern neuen Auftrieb gegeben. Den müssen wir jetzt für eine gleichwertige Partnerschaft nutzen: Gemeinsame Projekte zur Stärkung umweltschonender Ressourcen und erneuerbarer Energien, wie Sonne und Wind, sind mit den südlichen Partnern viel versprechend.

Osteuropa durch eine differenzierte Europäische Nachbarschaftspolitik stärken

Wir wollen eine stärkere Spezialisierung der Nachbarschaftspolitik, um die historischen und politischen Kontexte, Herausforderungen und Interessen der europäischen Staaten im Osten der EU und der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer stärker jeweils berücksichtigen zu können. Es ist eine europäische Aufgabe, die osteuropäischen Staaten Belarus, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbajdschan und ihre Zivilgesellschaften bei der schwierigen Umgestaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auch jene Staaten schrittweise an die EU heranzuführen, die Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft sind und ihre Zukunft in der Europäischen Union sehen.

Menschenrechte in alle Bereiche der EU integrieren

Wir wollen eine EU, die in der Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftspolitik, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit achtet und fördert.

Dabei müssen wir mit Nichtregierungsorganisationen eng zusammenarbeiten und rechtsstaatliche Strukturen und Institutionen aufbauen. Dafür muss die EU ihre Zusammenarbeit mit anderen regionalen und internationalen Organisationen wie der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)* und dem Europarat ausbauen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist und bleibt unverzichtbarer Hüter der Menschenrechte in ganz Europa, seine Arbeit muss die EU stärker unterstützen.

Europa für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung

Mit ganzer Energie für den internationalen Klimaschutz

Wir wollen die globale Erwärmung auf 2°C begrenzen. Klimaschutz ist zu einer großen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderung geworden. Der Klimawandel verschärft schon heute die globale Armut durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen.

Ein ungebremster Klimawandel würde zu noch größeren Verteilungskonflikten, massenhafter Umweltmigration und Destabilisierung von Staaten oder ganzen Regionen führen. Der Klimawandel ist insbesondere für die Entwicklungsländer eine große Herausforderung. Die verwundbaren Gesellschaften des Südens, die selbst nicht nennenswert zur Klimakatastrophe beitragen, brauchen mehr finanzielle Mittel, um sich auf den Klimawandel einstellen zu können.

Die Begrenzung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Die Weltgemeinschaft muss sich auf einen wirksamen, völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzvertrag verständigen, der sicherstellt, dass die globalen Emissionen bis 2050 halbiert werden. Dazu müssen die Industrieländer ihre Emissionen um 80 Prozent mindern.

Um international und besonders in den Entwicklungsländern erneuerbare Energien zu fördern, muss sich die EU für die neugegründete **Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) einsetzen und deren Integration in die VN vorantreiben**. IRENA soll Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.

Millenniums-Entwicklungsziele erreichen

Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Die Vereinten Nationen haben mit den Millennium-Entwicklungszielen die wichtigsten sozialen Herausforderungen und Aufgaben für die globale Solidarität formuliert. Wir GRÜNE halten an unserem Ziel fest, dass sich die Zahl der Menschen in absoluter Armut bis zum Jahr 2015 halbieren soll.

Eine solidarische EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sein. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen ihre Versprechen einhalten und ihre Haushalte für die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf mindestens 0,51 Prozent und bis zum Jahr 2015 auf mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts aufstocken. Angesichts aktueller Herausforderungen wie Hunger, Migration, durch Armut genährte gewalttätige Konflikte und der Notwendigkeit, Umweltzerstörung regional zu begegnen, ist es nicht nur eine historische Verantwortung, sondern im europäischen, Entwicklung wirksam und schnell zu fördern. Deshalb müssen endlich zusätzlich die viel diskutierten innovativen Finanzierungsinstrumente wie internationale Steuern und Abgaben eingeführt werden. Eine Flugticketabgabe oder eine Kerosinsteuer gehören genauso wie eine Abgeltungssteuer auf die internationale Agenda. Außerdem müssen wir den effektiven Einsatz von Entwicklungsgeldern stärken und die oft zu bürokratische Vergabepaxis von EU Geldern für Nichtregierungsorganisationen lockern.

Partnerschaft mit Afrika vertiefen

Wir wollen die von den Staats- und Regierungschefs der EU und Afrikas auf ihrem Gipfeltreffen in Lissabon im Dezember 2007 vereinbarte Gemeinsame Strategie Afrika - EU erheblich vertiefen. Deren Schwerpunkt lag in den letzten Jahren zu einseitig auf der Verhandlung der Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPAs), die von vielen afrikanischen Staaten und Nichtregierungsorganisationen aus der berechtigten Sorge darüber abgelehnt werden, dass sie deren Wirtschaft schutzlos dem globalen Wettbewerb ausliefern und die ländliche Entwicklung weiter verschlechtern würden. Andere Themen der Gemeinsamen Strategie wie Frieden und Sicherheit, demokratische Staatsführung, Schutz der Menschenrechte, Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele, Energie und Klimawandel wurden vernachlässigt.

Aber Europa hat eine historische Verantwortung und moralische Verpflichtung, unterstützend zu helfen und die erforderlichen Finanzmittel zur Bekämpfung der Armut und Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele bereitzustellen.

EU-Politiken auf nachhaltige Entwicklung ausrichten

Wir wollen die Entwicklungspolitik der EU überprüfen, um einen größeren Beitrag für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung zu erzielen. Politikbereiche wie Landwirtschaft, Handel und Fischerei wirken sich häufig negativ auf die Entwicklungschancen aus. Sie müssen im Sinne

der nachhaltigen Entwicklung reformiert werden. Schluss mit dem europäischen Agrardumping, der Abholzung der Wälder und dem nicht nachhaltigen Holzhandel, sowie der Überfischung der Meere!

Doppelungen in der Entwicklungspolitik zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission müssen vermieden und die Hilfe muss effizient eingesetzt werden.

Im Mittelpunkt stehen dabei für uns GRÜNE Partnerschaften für ressourcenschonende und gerechte Entwicklung mit anderen Regionalakteuren, wie der Afrikanischen Union, und den Vereinten Nationen (VN). Dabei dürfen die VN nicht einfach nur ausführendes Organ und die EU Zahlmeisterin bleiben, sondern wir wollen gemeinsame Konzepte, Methoden und Instrumente entwickeln wie z.B. bei der Wahlbegleitung oder der nachhaltigen, gerechten und friedlichen Regulierung des Zugangs und des Gebrauchs von Ressourcen (resource governance).

Gesellschaftliche Reformen ermutigen

Wir wollen gesellschaftliche Reformen in den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in Entwicklungsländern fördern. Sie sind neben einer gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung unabdingbar für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung. Die Einhaltung der Menschenrechte, die Durchsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und diskriminierten Gruppen, aber auch ein ressourcenschonender und nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen sind entscheidende Grundlagen für Frieden und Entwicklung.

Verschuldungsproblem lösen

Wir wollen das drängende Verschuldungsproblem in den Entwicklungsländern lösen. Viele Entwicklungsstaaten sind hoch verschuldet. Wir GRÜNE wollen ein transparentes und faires internationales Schiedsverfahren im Rahmen der VN und die jeweiligen Interessen zwischen Gläubigern und Schuldnern ausgleichen. Illegitime Schulden sind dabei ein besonderes Problem, denn wenn wissentlich Kredite an Unrechtsregime (z.B. das Apartheidsregime) vergeben wurden, dürfen die betroffenen Gesellschaften nicht auch noch für die Schulden, die ihrer eigenen Unterdrückung dienen, in Haftung genommen werden. Norwegen geht mit gutem Beispiel voran und streicht solche illegitimen Schulden. Es ist an der Zeit, dass die EU-Staaten diesem Beispiel folgen und die EU international zum Anwalt eines solchen Ansatzes wird. Zukünftige Kredite z.B. durch den IWF dürfen außerdem nicht mehr an die Bedingung neoliberaler Reformen geknüpft werden.

Recht auf Nahrung garantieren

Wir wollen das Recht auf Nahrung garantieren. Besonders die sich dramatisch verschärfende Welternährungskrise zwingt zu enormen Kraftanstrengungen. Die Zahl der bedrohlich chronisch unterernährten Menschen ist sprunghaft angestiegen. Der weltweite Hunger hat mittlerweile eine Milliarde Menschen erfasst und bedroht sie an Leib und Leben. Wir werden uns mit Nachdruck für mehr Geld und bessere Konzepte für die ländliche Entwicklung in den vom Hunger betroffenen Ländern einsetzen. Besonders die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen müssen dabei unterstützt werden, auf klima- und ressourcenschonende Weise mehr Grundnahrungsmittel für lokale und regionale Märkte anbauen zu können. Instrumente wie z.B. Mikrokredite, die vor allem an Frauen vergeben werden, tragen dazu bei, unabhängige Lebensgrundlagen zu schaffen und die ökonomische und gesellschaftliche Partizipation besonders von Frauen zu stärken.

Ressourcennutzung zum Wohle aller gestalten

Wir wollen den Zugang zu Ressourcen kooperativ sichern und transparent gestalten. Der ökonomische Aufstieg neuer weltpolitischer Akteure erhöht dramatisch die Nachfrage nach materiellen Ressourcen. Dies kommt zu der immensen Nachfrage der Industrieländer noch hinzu. Noch immer verbrauchen 15 Prozent der Weltbevölkerung 60 Prozent des Rohöls und Erdgases und mehr als die Hälfte anderer beschränkter materieller Ressourcen. Eine gewaltsame Durchsetzung von Ressourceninteressen lehnen wir ab.

Zu oft kommen zudem in ressourcenreichen Ländern die Erträge nicht der Bevölkerung zugute.

Wir wollen daher in Deutschland und Europa ansässige Unternehmen gesetzlich auf hohe Transparenz- und Menschenrechtsstandards verpflichtet. Erneuerbare Energien müssen nicht zuletzt auch deswegen ausgebaut werden, weil sie die Abhängigkeit von zentral kontrollierbaren Ressourcen mindern.

Frauen in der Entwicklungspolitik stärken

Wir wollen, dass in der Entwicklungspolitik die Emanzipation von Frauen als Ansatz stark ausgebaut wird. Die Durchsetzung und Einhaltung von Frauenrechten, der Schutz vor Gewalt und das Empowerment von Frauen in der Entwicklungspolitik sowie ihre aktive Einbeziehung in die Entwicklung und Gestaltung des Landes müssen eine wesentliche Grundlage der Entwicklungspolitik werden. Hierzu ist es unabdingbar, dass in allen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit die Prinzipien des Gender Mainstreaming umgesetzt werden.

EU-MenschenrechtskommissarIn einsetzen

Wir wollen Menschenrechte konsequent innerhalb und außerhalb der EU durchsetzen, um damit die Glaubwürdigkeit europäischer Außenpolitik zu stärken. Wir fordern eine/n EU-MenschenrechtskommissarIn, der/die die Umsetzung internationaler Menschenrechtskonventionen in allen EU Mitgliedsländern überprüft. Europäische Firmen, die Menschenrechte mit Füßen treten, unterminieren die Glaubhaftigkeit der EU ebenso wie schale Kompromisse der 27 Mitgliedsstaaten, wenn es um Rechte von Schwulen und Lesben geht oder die EU eine Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik betreibt, die nicht dem Völkerrecht und den Menschenrechtsabkommen entspricht. Auch Deutschland hat einzelne Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Europarats noch immer nicht ratifiziert oder umgesetzt.

Handelspolitik auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz verpflichten

Wir wollen die Globalisierung nach den Geboten der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich weltweit gestalten. Dazu brauchen wir eine nachhaltige internationale Strukturpolitik, in der Finanzmarkt-, Klima-, Handels- und Entwicklungspolitik zusammen gedacht und an den universellen Menschenrechten ausgerichtet werden.

Eine besondere Verantwortung hat die Europäische Union in der internationalen Handelspolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein faires, multilaterales Handelssystem im Dienste der Armutsbekämpfung, der gerechteren Verteilung des globalen Reichtums und der nachhaltigen Entwicklung ein. Die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Welthandel ist dabei ein zentraler politischer Gestaltungsbereich auf dem Weg zu einer gerechten Globalisierung. Staaten und Unternehmen müssen verpflichtet sein, soziale, ökologische und Menschenrechtsstandards einzuhalten.

Im Agrarbereich müssen handelsverzerrende direkte und indirekte Subventionen deutlich verringert und alle Formen der Exportsubventionierung so schnell wie möglich abgeschafft werden. Das Dumping von Lebensmitteln auf den Märkten der Entwicklungsländer muss ein Ende haben. Auf europäischer Ebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass Entwicklungsländer im Agrarbereich Schutzmaßnahmen ergreifen dürfen.

Wir wollen uns für eine europaweite Rahmengesetzgebung für Investitionsschutzabkommen einsetzen und dafür sorgen, dass sich die EU-Kommission diesbezüglich auch auf globaler Ebene engagiert. Damit würde die Kompetenz für Investitionsschutzabkommen, die derzeit noch auf nationaler Ebene liegt, auf die europäische Ebene übertragen.

Die europäische Handelspolitik muss transparenter gestaltet werden, damit überhaupt eine kritische zivilgesellschaftliche und parlamentarische Öffentlichkeit entstehen kann. Für die EU-Kommission spielen Umwelt-, Sozialstandards, Klima- und Umweltschutz, Ernährungssouveränität sowie der Ausbau und die Bewahrung öffentlicher Dienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle. Das wollen wir im europäischen Parlament ändern und dafür sorgen, dass diese Themen in der europäischen Handelspolitik eine starke Rolle spielen.

Eine ökologisch-solidarische Weltordnung ist das Gegenteil des "Recht des Stärkeren". Das erprobte Konzept des fairen Handels, aber auch das FSC-Siegel für nachhaltige Holzprodukte sind hierfür Vorbilder. Dies wollen wir in der EU weiter ausbauen. Dies sollte die EU durch gezielte Förderprogramme und Subventionen stützen; eine Akzeptanz und Verbreitung solcher Produkte, auch über den engeren Kreis des alternativen Einzelhandels hinaus, sollte das Ziel sein. Zudem möchten wir GRÜNEN ein weiteres Siegel, vergleichbar mit dem Bio-Siegel, das die Einhaltung sozialer und gerechter Standards bei Herkunft und Herstellung zertifiziert, einführen.

WTO reformieren

Wir wollen anerkannte Umwelt-, Arbeits- und Kulturnormen, sowie geographische Bezeichnungen und Ursprungsbezeichnungen viel stärker schützen, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen. Für die WTO müssen deswegen die relevanten Konventionen der VN bindend werden und die WTO muss grundlegend reformiert werden. Wir GRÜNEN halten es zudem für erstrebenswert den Wirtschaftsrat der UN gegenüber der WTO zu stärken und langfristig Kompetenzen umzuschichten. Die Handelsliberalisierung ist teilweise zu weitgetrieben worden und darf nicht länger einseitig im Zentrum stehen. Auch die Industriepolitik sich entwickelnder Staaten darf nicht generell durch eine Interpretation des Schutzes geistigen Eigentums behindert werden, der vor allem Firmen nutzt. Mittels der WTO dürfen Entwicklungsländern keine überzogenen Freihandelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren. Die derzeitigen politischen Mehrheiten im Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission verfolgen unter dem irreführenden Motto "Globales Europa" allerdings das Gegenteil. Konservative und Liberale Kräfte in der EU Kommission setzen auf Deregulierung und stärken bilaterale Abkommen, statt im multilateralen Rahmen zu gestalten.

Interkulturellen Dialog stärken

Wir wollen den interkulturellen Dialog in Europa ausbauen, um den europäischen Gedanken zuzustärken. Dafür wollen wir europäische Kulturinstitutionen ausbauen, die europäischen Stiftungen analog der deutschen Stiftungen in der Auslandsarbeit finanziell ausstatten, Austauschprogramme ausweiten und eigene Kulturreferentinnen und -referenten in den EU-Außenvertretungen einsetzen. Auf bereits bestehenden europäischen Netzwerken wie dem Zusam-

menschluss nationaler Kulturinstitute EUNIC wollen wir aufsetzen. Mittel für außereuropäische Fenster in den EU-Programmen Lebenslanges Lernen, Media, Jugend und Kultur müssen erhöht und ergänzt werden, beispielsweise durch Freiwilligenprogramme im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem sollen neue Programme explizit für den Nicht-Akademischen Bereich geschaffen werden.

Europa in einer sich wandelnden Welt

Die Vereinten Nationen stärken

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken. Europa kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Neben einer institutionellen Stärkung der VN ist eine Fortentwicklung des Völkerrechts im globalen Dialog notwendig, wie etwa durch die auf dem Weltgipfel 2005 beschlossene „Responsibility to Protect“. Danach können nur die VN das Mandat für die Durchsetzung der Schutzverantwortung erteilen und das nur strikt begrenzt auf Fälle von Völkermord, ethnische Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die EU sollte sich zu dieser Schutzverantwortung als völkerrechtlicher Norm bekennen und ihre Verwirklichung nach Kräften fördern.

Die wiederholten Blockaden des Sicherheitsrats durch den Missbrauch des Vetos sowie seine nicht mehr zeitgemäße Zusammensetzung haben die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen erheblich beschädigt. Zunächst sollte die Begründungspflicht eines Vetos im Rahmen des Völkerrechts im Vordergrund stehen. Mittelfristig streben wir eine effektive Reform des Sicherheitsrats an, die die Vetomöglichkeit abschafft und eine gerechte Zusammensetzung unter Beteiligung von Afrika, Lateinamerika und Asien sowie einen gemeinsamen europäischen Sitz verwirklicht.

Wir brauchen eine neue durchsetzungsstarke VN-Umweltorganisation. Auch im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sind Reformen notwendig. Die G8 sind schon längst kein adäquates Forum mehr. Wir unterstützen wollen den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen stärken und in seinem Rahmen ein Global Leaders Forum (L27) einrichten, in dem mit 27 Staaten alle Weltregionen vertreten wären.

Auch die Funktionsweise des neuen Menschenrechtsrats muss weiter ausgestaltet werden, um das Hauptziel einer effektiveren Menschenrechtspolitik endlich zu erreichen. Wir wollen international die Beschwerdeverfahren zu den Menschenrechtsabkommen stärken und verbessern. Menschen müssen Rechtsmittel gegen Entscheidungen der VN einlegen können.

Die EU als Zivilmacht

Wir wollen die europäische Integration und die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit fortsetzen. Wir GRÜNE stehen weiterhin zu unserem Engagement und unserem Ziel, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Priorität für Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung zu geben. Die Europäische Union soll keine imperiale Militärmacht werden, die Ressourcen sichert, sondern Zivilmacht bleiben.

Bereits jetzt übernimmt die EU mehr und mehr Rechtsstaats- und polizeiliche Missionen unter VN-Mandat. Wir begrüßen diese Entwicklung und befürworten den Ausbau dieser Kapazitäten, sofern sie an eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete Außenpolitik gebunden bleiben. Eine Stärkung des Europaparlaments in allen Entscheidungen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist dabei für uns zentral.

Die EU ist besonders gefordert sich in den Nachbarregionen zu engagieren. Dazu gehört insbesondere sich in den Nahost-Friedensprozess einzubringen, um die Sicherheit Israels sowie die Schaffung eines lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staates zu unterstützen.

Zivile Kräfte stärken - Friedensagentur und Europäisches Ziviles Friedenskorps gründen

Wir wollen die Instrumente der europäischen zivilen Krisenprävention, der Konfliktlösung und der Konversion stärken und bündeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dafür eine Friedensagentur, die mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden muss. Das wichtigste Ziel dieser Friedensagentur wäre der Aufbau eines von uns GRÜNEN bereits seit langem geforderten Europäischen Zivilen Friedenskorps. Damit wollen wir in Krisen rechtzeitig und umfassend agieren können, um nicht solange zu warten, bis der Einsatz von Militär die scheinbar einzige mögliche Konfliktlösung darstellt.

Das Friedenskorps soll sicherstellen, dass unter anderem ausreichend PolizistInnen, JuristInnen, StaatsanwältInnen und VerwaltungsspezialistInnen bereitgestellt und gezielt ausgebildet werden können, die den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützen und die Schaffung von Sicherheit und Justiz garantieren. Dabei müssen wir auch und gerade die Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Frauen im Blick behalten, und dazu arbeitende NGOs müssen besonders unterstützt werden. Zusätzlich wollen wir die europäischen Kapazitäten für technische Hilfskräften ausbauen, die sowohl in Krisenregionen, aber auch in Katastrophengebieten beim Wiederaufbau zum Einsatz kommen können

Dafür brauchen wir viel mehr Personal als bisher für zivile Aufgaben und die Einrichtung ziviler Friedensdienste in Krisenregionen. Dies wollen wir unter anderem dadurch erreichen, dass die Verwaltungen der Mitgliedsstaaten eine bestimmte Quote an MitarbeiterInnen für diese auswärtigen Operationen der EU vorsehen. Deutschland muss konsequent zur Hälfte Frauen in EU-Missionen entsenden, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sowohl vor als auch während ihrem Einsatz gender-spezifische Trainings erhalten. Darüber hinaus sollen zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in die zivile Krisenprävention und Konfliktlösung eingebunden werden. Sie verfügen oft über eine hohe Kompetenz im Bereich der zivilen Krisenarbeit sowie eine breite Präsenz vor Ort. Dazu wollen wir die im Juni 2006 unter grünem Druck gestartete Peacebuilding Partnership weiter stärken, in der bereits heute europäische Nichtregierungsorganisationen aus der Friedensarbeit zusammengeschlossen sind. Die Friedensagentur soll auch die Konversion von militärischen hin zu zivilen Strukturen der Gesellschaft in Postkonfliktsituationen unterstützen und damit einen Beitrag zu Demilitarisierung und Frieden in diesen Ländern leisten.

Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen

Wir wollen einen Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen. Als Freiwilligendienst soll er Menschen jeden Alters die Möglichkeit geben, sich im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung, Friedensförderung und Krisenprävention zu engagieren. Ein ziviler Friedensdienst würde einen wichtigen Beitrag zur Friedensentwicklung „von unten“ liefern. Durch Intervention auf zivilgesellschaftlicher Ebene kann er dazu beitragen, dort Dialog sowie lokale und regionale Friedens- und Versöhnungspotentiale aufzubauen, zu unterstützen und zu vernetzen.

Frauenrechte stärken

Wir wollen Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik stärken. Generell müssen alle Missionen der EU konsequent die Stärkung von Frauenrechten und die Verhinderung von Gewalt an Frauen zum Ziel haben und zur Umsetzung der VN Sicherheitsratsresolutionen 1325 und 1820

beitragen. Diese Resolutionen verpflichten alle Mitgliedstaaten zu einer angemessenen Teilhabe von Frauen und zur Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse auf allen Ebenen und in allen Entscheidungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Klare Mandate, Ressourcen, Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen für deren Umsetzung müssen dafür auf EU-Ebene verankert werden. Wesentlich sind die Einrichtung einer europäischen Monitoring-Stelle zur Umsetzung der Resolutionen sowie die systematische Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen in dieses Vorhaben. Die gemeinsame Kommissions- und Ratsstrategie zur Umsetzung dieser Resolutionen muss Beispiel sein für Deutschland: hier brauchen wir endlich einen nationalen Aktionsplan.

EU-Außeninstrumente besser aufeinander abstimmen

Wir wollen die zahlreiche außenpolitischen Instrumente der EU besser aufeinander abstimmen: von der Entwicklungshilfe, über Polizeieinsätze und Krisenprävention im Rahmen des Stabilitätsinstruments bis zur Handelspolitik. Ein gemeinsamer europäischer Auswärtiger Dienst gibt einmalig die Chance, von Anfang an Strukturen so aufzubauen, dass Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention, interkultureller Dialog und traditionelle Außenpolitik effektiv verzahnt werden. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass diese Chance genutzt wird.

Priorität für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Wertschätzung transatlantischer Gemeinschaft

Wir wollen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Priorität für Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung setzen. Gleichzeitig muss die EU in der Lage sein, in Arbeitsteilung mit der Nordatlantischen Vertragsorganisation NATO, die Sicherheit Europas auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten. Sie muss in der Lage sein, Europa zu stabilisieren und ihren Beitrag für UN-Missionen zur Wahrung von Frieden und Sicherheit zu leisten.

Wir sagen Ja zur Effektivierung und Harmonisierung der Streitkräfte innerhalb der EU, was einen Beitrag zur Senkung der Verteidigungsausgaben und zur Reduzierung der nationalen Streitkräfte leisten soll. Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss die NATO ihre Aufgaben neu ausrichten. Wir lehnen den Ausbau der NATO zu einer Konkurrenzorganisation der Vereinten Nationen ab. Wir sind uns der Problematik hochgerüsteter Bündnisse sehr bewusst. Rüstung wird von außen immer auch als potentielle Bedrohung gesehen und provoziert Gegenrüstung. Dennoch bleibt die NATO notwendig, weil es zur Zeit keinen anderen Akteur gibt, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als Staatenbündnis einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt.

Die NATO muss dabei in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden, die auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit beruht und militärische Einsätze an ein Mandat des UN-Sicherheitsrats bindet. Mitentscheidend für die Zukunft der NATO wird sein, dass sich die europäischen NATO-Partner und die USA darin auf Augenhöhe begegnen.

Parlamentsvorbehalt muss bei Militärmissionen bestehen bleiben

Wir wollen nicht, dass die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ihre Parlamente und das Europäische Parlament vor verteidigungspolitische Tatsachen stellen. Der Bundestag muss weiterhin über jede deutsche Beteiligung an militärischen EU Einsätzen abstimmen. Bei europäischen Militärmissionen muss auch das Europäische Parlament parlamentarische Kontrollrechte haben. Zentrales Ziel muss weiterhin eine bessere Koordinierung der zivilen und militärischen Operationen sein und dabei die zivilen Einsätze durch eine Vermischung mit den militärischen nicht zu

gefährden, zudem muss jede EU Mission in ein gesamtpolitisches Konzept gebettet sein, das alle Faktoren nicht nur des betroffenen Landes, sondern auch der Region berücksichtigt.

Multilaterale Strukturen stärken

Wir wollen einen kooperativen Multilateralismus gestalten. Die EU muss besser darin werden, regionenübergreifende Koalitionen zu schnüren, um eine Polarisierung der VN und damit einhergehende Lähmung zu verhindern. Eine Reform des internationalen Systems kann nur erfolgreich sein, wenn Staaten bereit sind, Einfluss und Verantwortung mit den aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern in internationalen Organisationen zu teilen.

Grüne Friedenspolitik zielt auch auf eine Stärkung der OSZE, denn eine nachhaltige Politik für Frieden und Sicherheit in Europa darf nicht allein auf die EU beschränkt bleiben. Sie ist die einzige multilaterale Sicherheitsorganisation, die den gesamten euroasiatischen

Raum sowie die USA und Kanada abdeckt. Angesichts dessen und aufgrund ihrer Tätigkeiten im Bereich des Menschenrechtsschutzes, der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und des Minderheitenschutzes leistet die OSZE einen wichtigen Beitrag für ein friedliches Krisenmanagement.

Für uns GRÜNE ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Regionalorganisationen, wie der Union Südamerikanischer Nationen (Unasur) oder der Afrikanischen Union, unverzichtbar. Wir wollen auch die Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Staaten und Regionalbündnissen stärken und besser koordinieren. Die europäische Unterstützung des Aufbaues Friedensschaffender Kapazitäten der Afrikanischen Union ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

Humanitären Krisen vorbeugen - Schutzverantwortung wahrnehmen

Die Europäische Union muss sich aktiv an der Vorbeugung humanitärer Krisen und an der Wahrnehmung der Schutzverantwortung (R2P) beteiligen. Auf dem Weltgipfel der VN Ende 2005 wurde durch die Staats- und Regierungschefs die "Responsibility to Protect" (R2P) beschlossen. Wo ein Staat die Schutzverantwortung gegenüber seiner Bevölkerung nicht ausüben kann oder will, ist die internationale Gemeinschaft in der Mitverantwortung. Die Vereinten Nationen können in diesen Fällen geeignete diplomatische, humanitäre und andere Mittel ergreifen, bis hin zu Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII VN-Charta ergreifen. Wir begrüßen das als einen wichtigen Schritt, um schwerste Menschenrechtsverbrechen künftig zu verhindern. Wir warnen davor, die Debatte um die R2P auf den militärischen Aspekt zu verkürzen. Entscheidend sind die in der Resolution benannten Präventionsinstrumente. R2P ist zu allererst eine Responsibility to Prevent. Die Schutzverantwortung kennt weder einen Automatismus zur humanitären Intervention und noch einen Freibrief zum Krieg. Nur die Vereinten Nationen können das Mandat für die Durchsetzung der Schutzverantwortung erteilen und das nur strikt begrenzt auf die Fälle von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische "Säuberungen" und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es soll geprüft werden, wie die Feststellung des Tatbestandes von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen" und Verbrechen gegen die Menschlichkeit neben dem UN-Sicherheitsrat auch von einem eigens dazu berufenen juristischen Gremium, beispielsweise dem Internationalen Strafgerichtshof (ISG), getroffen werden kann und wie so ein politisch motiviertes Wegschauen in Fällen von Völkermord vermieden werden kann und die Staatengemeinschaft frühzeitiger handeln kann.

Russland in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft einbeziehen

Wir wollen die Einbeziehung Russlands in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft. Elemente dafür sind die Wiederbelebung der NATO-Russland-Partnerschaft sowie eine Stärkung

der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der angepasste KSE-Vertrag zur Rüstungsbegrenzung in Europa, der akut gefährdet ist, muss von allen beteiligten Staaten in Kraft gesetzt werden. Mit Sorge sehen wir allerdings die autoritären Entwicklungstendenzen in Russland, die mit einer Verhärtung der russischen Außenpolitik und den Einsatz von Energie-reserven als politischem Druckmittel einhergehen. Das Verhältnis zwischen Russland und den USA ist zunehmend durch verbale und tatsächliche Konflikte gekennzeichnet. Die hegemoniale Politik Russlands gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken und der Einsatz von kriegerischer Gewalt gegen Georgien ist nicht akzeptabel, genauso wenig wie der Versuch Georgiens gewaltsam abtrünnige Landesteile zurückzuerobern.

Abrüstungspolitik konsequent vorantreiben

Wir wollen, dass die EU zu einem tragenden Pfeiler der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wird. Wir setzen uns ein für das Ziel eines kernwaffenfreien Europas, die weltweite Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen und aller Atomwaffenversuche und fordern ein internationales Verbot radioaktiver Munition. Die Bundesregierung muss sich in der NATO mit ihren europäischen Partnern für einen Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag einsetzen und drauf hinwirken, dass die Betonung von Nuklearwaffen im strategischen Konzept der NATO aufgegeben wird und die nukleare Abrüstung durch einseitige Schritte in Gang bringen. Die Europäische Union ist in vielen Bereichen, nicht zuletzt dank grünen Drucks im Europaparlament, bereits ein zentraler Akteur für die Durchsetzung und Umsetzung von Abrüstungsabkommen, so zum Beispiel von Landminen, Kleinwaffen, und Streubomben. In diesem Bereich sind es häufig die Nationalstaaten und auch die aktuelle deutsche Bundesregierung, die eine stärkere Abrüstungspolitik der EU verhindern, wie zum Beispiel die Rüstungspolitik der Bundesregierung im Kampf um ein starkes Streubombenverbot zeigt. Wir GRÜNE sind an vorderster Spitze auf Bundesebene und im Europaparlament dafür aktiv, dieses Engagement auszubauen und auf weitere Bereiche zu übertragen. Vor allem im Bereich von Nuklearwaffen muss die EU ihr Engagement für eine weltweite Abrüstungspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen verstärken. Konversion, also Abrüstung von militärischen hin zu zivilen Strukturen, soll auch zentrales Ziel der Friedensagentur sein.

Wir sehen keinen Bedarf für den Aufbau des umstrittenen Raketenabwehrschildes. Eine Raketenabwehr, die auf eigene Unverwundbarkeit zielt, ist mit dem Ansatz der kollektiven Sicherheit unvereinbar. Das führt zu neuen Rüstungsschüben und nicht zu einem "Mehr" an Sicherheit.

Europäische Rüstungsexporte müssen durch ein transparentes Verifikationsregime überprüfbar gemacht werden. Der europäische Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss zwischenstaatliche Rüstungsk Kooperationen, Kleinwaffen und Dual-Use-Exporte einschließen und auch rechtsverbindlich werden. Hierüber ist das Europaparlament umfassend zu informieren.